



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 6 / 2009

Verantwortlich für die Beilage des „13.“ Günter Annen
Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim
Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28
E-Mail: info@babycaust.de

Wischi-Waschi-Entscheidung:

„Recht“ auf Abtreibung in Gefahr?

Die Strafrechtlerin und Abtreibungsbefürworterin Prof. Monika Frommel (Universität Kiel) sieht das „Recht“ auf Abtreibung laut Bericht der Feministinnen-Zeitung „Emma“ in höchster Gefahr.

Auch die Abtreibungs-Organisation „Pro Familia“ bläst ins gleiche Horn und warnt vor einer Verschärfung des § 218 StGB. Am 13. Mai 2009 sprachen sich in namentlicher Abstimmung 326 von 560 Abgeordneten des deutschen Bundestages für eine neue gesetzliche Regelung der sog. Spät-Abtreibungen aus.

Neue Regelung

Diese Regelung betrifft alle Abtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche, die unter die medizinische Indikation fallen. Die medizinische Indikation in Deutschland bedeutet, daß Abtreibungen bis

kurz vor der Geburt vorgenommen werden können, wenn der Mutter aus gesundheitlichen oder psychischen Gründen ein Kind nicht zugemutet werden kann. Es sind hierbei ausschließlich die persönlichen Gründe der Mutter maßgebend. Das ungeborene Kind spielt bei der „Entscheidungsfindung“ keine Rolle.

Bei den sogenannten Spät-Abtreibungen, Abtreibungen nach der 12. Schwangerschaftswoche, bedurfte es nach der alten Regelung keiner Beratung. Neu ist nun, daß der Arzt, der die Diagnose „Behinderung“ stellt, auf eine Beratungspflicht hinweisen muß.

Rechtlich folgenlos

Tut er das nicht, droht ihm eine Geldstrafe bis zu 5.000 Euro. Ob von der Frau das „Beratungsangebot“ angenommen wird, hat für sie keine Konsequenz. Das Ausschla-

gen der Beratung und das anschließende Töten des ungeborenen Kindes nach der 12. Woche bleibt für die abtreibungswillige Frau nach wie vor rechtlich folgenlos.

Eine positive Veränderung in Richtung mehr Schutz für die ungeborenen Kinder ist von dieser neuen Regelung nicht zu erwarten. Wo ist hier eine Gesetzesverschärfung? Wo ist hier mehr Schutz des ungeborenen Lebens?

Ist das Taktieren?

Mir scheint, daß diese neue Regelung eine taktische Maßnahme der Bundestagsabgeordneten ist, die wegen den bevorstehenden Kommunal- bzw. Europawahlen auf Stimmfang sind. Außerdem dürften viele Abgeordnete, auch die „christlichen“, die Vorgabe des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahre 1993 nun als erfüllt ansehen.

Das Bundesverfassungsge-

sicht hatte am 28.5.1993 in seinem Urteil gefordert, das neue Gesetz nach einiger Zeit auf seine Effizienz im Hinblick auf den Lebensschutz zu überprüfen und den Gesetzgeber zur Nachbesserung verpflichtet. Nach nun mehr als 15 Jahren schritten die deutschen Abgeordneten zur Tat. Dabei wurde die rechtliche Grundlage, die eine zwar rechtswidrige, aber straffreie Tötung der ungeborenen Kinder bis zur 12. Schwangerschaftswoche zuläßt, nicht angetastet. Eine Verbesserung des Lebensschutzes bringt diese neue Regelung jedenfalls nicht. Diese „Wischi-Waschi“-Entscheidung am 13. Mai 2009 erinnert mich an den römischen Statthalter Pilatus, der sich nach der Entscheidung die Hände wusch. Bei jährlich über 120.000 zu verantwortenden Kindstötungen im Mutterleib dürfte das Waschwasser der Abgeordneten sich sicher tiefrot färben.

Evangelischer Kirchentag in Bremen Es war nicht anders zu erwarten

Der 32. Evangelische Kirchentag, der vom 20. – 24. Mai 2009 in Bremen stattfand,

unterschied sich nicht von den vorherigen „christlichen“ Großveranstaltungen.

Große Samba-Eröffnungsparty am 20. Mai, Abschlußparty am 23. Mai und dazwi-

schen... wurde gefeiert. Aus über 2.500 Veranstaltungen

Fortsetzung Seite 12

Fortsetzung von Seite 11 konnten die Besucher des Kirchentages wählen. Das wird sicher nicht jedem einfach gefallen sein. Gegen Abend erklang von den verschiedenen Bühnen meist ohrenbetäubender Lärm, der die Jugendlichen anlockte und für Partystimmung sorgte. Ob man den Sänger verstand oder nicht, war egal. Hauptsache, man hatte Spaß. Der große Abschlußgottesdienst am 24. Mai auf der Bürgerweide ließ, Gott sei Dank, noch ein wenig erkennen, daß nicht alle Religionen gleich sind.

Mitten drin

Mit meinem mobilen „Fahrrad-Infostand“ war ich mitten im Geschehen. Viele Flugblätter konnten wieder „an den Mann“ oder „an die Frau“ gebracht werden. Zahlreiche Gespräche mit Jugendlichen wurden geführt, die sich bei Betrachtungen der Abtreibungsbilder meist entsetzt über diese Realität zeigten.

Daß Bremen eine Hochburg von linken Chaoten ist, hatte

ich noch in Erinnerung. Denn letztes Jahr wurde der Kongreß Christival, der in Bremen unter der Schirmherrschaft von Familienministerin von der Leyen stattfand, von Protestaktionen der linken Szene begleitet.

Stören & Zerstören

An meinem mobilen Stand hatte ich mit solchen jungen Nachwuchs-Chaoten zu tun, die eigentlich nicht diskutieren wollten, sondern nur eine Ge-

legenheit suchten, zu stören oder zu zerstören. Ich konnte letzteres zwar verhindern, war aber machtlos, als eine solche Horde meinen kleinen Stand „überfiel“ und die ausgelegten Flugblätter und Bücher mitnahm. Eine Überraschung neuer Qualität erfuhr ich am „Christi Himmelfahrtstag“. Mein Auto hatte ich außerhalb des Zentrums geparkt. Beide Außenspiegel und alle Türgriffe waren mit Hundekot beschmiert, die Fenster mit schwarzer Farbe besprüht und

das Auto mit Klopapier eingewickelt. Diese Attacke hielt mich jedoch nicht davon ab, auch in den nächsten Tagen über das Unrecht der Abtreibungstötung in Wort und Bild zu informieren. Offenbar fehlt es den Leuten an Anstand. Ein „Knigge“ täte durchaus Not.

Wirkung der Pille

Der deutsche Pharma-Riese „Bayer“ vertreibt die Antibaby-Pille „Yasmin“. Das Präparat soll wenig Nebenwirkungen haben. Aber Tatsache ist auch: Eine 16jährige nahm die Pille. Vier Wochen später hatte sie eine Lungenembolie. Jetzt ist sie schwerst behindert.

Sterbehilfe

Erstmals hat im US-Bundesstaat Washington eine Schwerkranke ein neues Sterbehilfegesetz in Anspruch genommen und sich mit ärztlich verschriebenen Arzneimitteln das Leben genommen. Die 66jährige **Linda Fleming** hatte an Bauchspeicheldrüsenkrebs gelitten. Der Bundesstaat Washington hatte Sterbehilfe im November 2008 legalisiert.



Unseren neuen Aufkleber „Abtreibung ist Mord“ schicken wir Ihnen gerne gegen eine kleine Spende zu.

Abtreibungsarzt in den USA erschossen

In den USA ist ein bekannter Abtreibungsarzt erschossen worden. Wie US-Medien am Montag, 1. Juni, berichten, wurde der 67jährige George Tiller am Sonntag, dem 31. Mai 2009, beim Gottesdienstbesuch getötet. Nach der Tat in der lutherischen Kirche von Wichita ist ein 51 Jahre alter Mann von der Polizei festgenommen worden.

US-Präsident **Barack Obama** äußerte sich geschockt und empört. Die tiefen Unterschiede der Amerikaner etwa

in Abtreibungsfragen könnten nicht durch abscheuliche Gewaltakte gelöst werden.

Obamas liberale Haltung zu Abtreibung und anderen medizin-ethischen Fragen ist derzeit Gegenstand heftiger politischer Debatten in den USA. Jüngst sorgte der Auftritt des Präsidenten in der katholischen Universität Notre Dame für Schlagzeilen.

Tiller war den Berichten zufolge einer der Ärzte in den USA, die Abtreibungen sogar zu einem späten Zeitpunkt der Schwangerschaft (in Deutschland: Spätabtreibung) durch-

führten. Er war wegen seiner Arbeit wiederholt zum Ziel von Abtreibungsgegnern geworden. So ist es zu Protesten vor seiner Klinik im Bundesstaat

Zapateros Abtreibungsgesetz

Die Mehrheit der Spanier übt Kritik am jüngst von der sozialistischen Regierung **Zapateros** vorgelegten Abtreibungsgesetz. Widerstand regt sich vor allem an der Erlaubnis für Minderjährige ab 16 Jahren, ohne Zustimmung der Eltern die Schwangerschaft abbrechen zu können. Gegen diese Regelung seien 64 Pro-

Kansas, seinem Haus und seiner Kirchengemeinde gekommen. 1993 hatte ihm ein Abtreibungsgegner in beide Arme geschossen.

zent der Befragten und auch 56 Prozent der sozialistischen Wähler, berichtete die Tageszeitung „El País“ am 1. Juni.

Für **Zapatero** ist vor allem die scharfe Kritik sozialistischer Spitzenpolitiker wie des Regionalpräsidenten von Kastilien, **Jose Maria Barreda**, oder des Parlamentspräsidenten **Jose Bono** überraschend.